

NÖ Landesberufsschule Langenlois

Zusammenfassung

Der Gewerbliche Berufsschulrat führte die NÖ Landesberufsschule Langenlois im Verbund mit den übrigen 18 NÖ Landesberufsschulen als wirtschaftliche Einheit. Sie bildete bautechnische Lehrberufe (Bautechnische/r Zeichner/in, Maurer/in, Dachdecker/in, Schalungsbauer/in, Tiefbauer/in, Gleisbautechniker/in, Straßenerhaltungsfachmann/frau) aus und nahm auch erfolgreich an Lehrlingswettbewerben (Weltmeisterschaften für Betonbau, Bundeslehrlingswettbewerben) teil.

Entwicklung der Schülerzahlen

Im Schuljahr 2014/15 verzeichneten die 19 Landesberufsschulen 17.944 Schülerinnen und Schüler. Davon besuchten 1.084 die NÖ Landesberufsschule Langenlois, die seit der Einführung des Lehrberufs Gleisbautechniker eine stabile Schülerzahl von rund 1.000 Schülern pro Schuljahr aufwies.

Insgesamt hatten die NÖ Landesberufsschulen seit dem Schuljahr 2010/11 jedoch rund 2.300 Schülerinnen und Schüler oder elf Prozent verloren. Daher musste der Gewerbliche Berufsschulrat, der die NÖ Landesberufsschulen als wirtschaftliche Einheit führte, weitere Gegenstrategien entwickeln bzw. umsetzen.

Das Schulverwaltungsprogramm entsprach nicht mehr dem aktuellen Stand der Informationstechnologie und war zu erneuern. Dabei sollte ein elektronischer Datenaustausch mit der Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer NÖ hergestellt werden.

Gebarung

Im Rechnungsabschluss 2014 standen den Gesamtausgaben der NÖ Landesberufsschulen von 81,1 Millionen Euro Gesamteinnahmen von 41,4 Millionen Euro gegenüber, was einem Deckungsgrad von 51 Prozent entsprach. Dieser lag zwar über der veranschlagten Deckung von 49,9 Prozent, wies aber wegen des Ausbauprogramms sowie der zusätzlichen technischen Qualifikationsmaßnahmen eine fallende Tendenz auf.

Am 2. Juni 2015 wurde der Schulerhaltungsbeitrag der NÖ Gemeinden für das Jahr 2014/15 von 935 auf 960 Euro pro Schüler/in erhöht sowie eine jährliche Anhebung um 150 Euro bis zum Schuljahr 2018/19 festgelegt. Das bedeutete auf Basis der Schülerzahlen 2014/15 Mehreinnahmen von rund 450.000 Euro für das Schuljahr 2014/15 und von rund 2,7 Millionen Euro jährlich bis zum Schuljahr 2018/19.

Der Lern- und Arbeitsmittelbeitrag war seit 45 Jahren nicht erhöht worden. Dies bedeutete – bezogen auf das Schuljahr 2014/15 und den Verbraucherpreisindex – Mindereinnahmen von rund 408.000 Euro.

Beim elektronischen Zahlungssystem der NÖ Landesberufsschulen wurde durch die personenbezogene Übermittlung der Überweisungs-codes die Sicherheit erhöht.

Die Auflösung der nicht mehr benötigten zweckgebundenen Verrechnung wurde laut Stellungnahme bereits veranlasst.

Personal

Teilverträge, Mehrfachausbildungen und Lehreraustausch zwischen den NÖ Landesberufsschulen ermöglichten einen auf die Schülerzahlen abgestimmten Einsatz der Lehrkräfte. Die Grundlagen für den Nachweis des Lehrpersonals in den Rechnungsabschlüssen waren möglichst auf eine einheitliche Basis zu stellen und Abweichungen zu erläutern.

Das Verwaltungs- und Reinigungspersonal der NÖ Landesberufsschule Langenlois war gemäß Dienstpostenplan besetzt. Der Wissensstand des Verwaltungspersonals sollte durch Schulungen sowie durch einen jährlichen Erfahrungsaustausch vereinheitlicht werden. Weiters sollten die beim Gewerblichen Berufsschulrat und bei den NÖ Landesberufsschulen verwendeten Organigramme und Stellenbeschreibungen aufeinander abgestimmt und Arbeitsverteilungspläne erstellt werden.

Rechtliche und vertragliche Grundlagen

In der Verordnung über die Schulpflicht der berufsbildenden Pflichtschulen fehlte der Lehrberuf Gleisbautechniker. Außerdem waren der Vertrag über die Benützung der Liegenschaften und die wirtschaftliche Führung und Verwaltung des Schülerheims sowie die Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung verschiedener Einrichtungen an die geänderten Verhältnisse anzupassen.

Brand- und Bedienstetenschutz

Die Brandmeldeanlage war an eine Alarmzentrale der öffentlichen Feuerwehr anzubinden. Die gegenseitige Vertretung der Brandschutzbeauftragten der Schule und des Schülerheims sollte schriftlich festgelegt werden. Offene Mängel zum Bedienstetenschutz, die mit der unmittelbaren Sicherheit von Personen im Zusammenhang standen, waren nicht gegeben.

Die NÖ Landesregierung sagte in ihrer Stellungnahme vom 12. April 2016 zu, die 15 Empfehlungen des Landesrechnungshofs umzusetzen und informierte über die dazu bereits getroffenen oder geplanten Maßnahmen.